

Massenmedien in der Tendenzwende

Prof. Dr. Oskar Negt, geboren 1934 in Königsberg/Ostpreußen, studierte Rechtswissenschaften, Soziologie und Philosophie in Göttingen und Frankfurt/M. Von 1959 bis 1961 hat er als Assistent die DGB-Bundesschule in Oberursel geleitet; 1961 hat er in der Bildungsabteilung beim Vorstand der IG Metall gearbeitet. Oskar Negt ist jetzt ordentlicher Professor für Sozialwissenschaften an der Technischen Universität Hannover.

Daß sich in den letzten Jahren in den Medien vieles geändert hat, ist ebenso unbestreitbar wie es schwer ist, diese Veränderungen durch Einzelanalysen zu belegen. Beschränkt man sich nicht auf die einfache Feststellung, daß sich der Ton politischer Auseinandersetzungen spürbar verschärft hat oder auf die Beschreibung der verschiedenen, vom kapitalistischen Verwertungsinteresse immer aufs neue produzierten und von wechselnden Massenbedürfnissen getragenen „Wellen“, so ist es notwendig, einen Schritt neben die Medien zu treten und sie als Teil der Strukturveränderungen der gesamten Öffentlichkeit zu betrachten. Denn der politische Umschlagspunkt der Medienentwicklung liegt *außerhalb* der Medien; von hier aus bekommt die Redensart von der Tendenzwende erst ihren Sinn.

Die propagandistische Gebrauchsformel, deren sich zur Zeit die Unionsparteien und die konservative wie nationalistische Presse seit eh und je bedienen, um Wahlentscheidungen auf die vereinfachte Alternative von Angstreaktionen zu reduzieren: „Freiheit oder Sozialismus?“ spiegelt die Situation eines von oben aggressiv geführten Klassenkampfes zwar eindeutig wider. Sie bezeichnet aber nur den Vordergrund, nur die Spitze des Eisbergs. Warum diese Formel wirksam ist, hängt von weitaus differenzierteren Mechanismen ab.

Wenn ich den Begriff Tendenzwende hier aufgreife, dann nicht im Sinne des Nachzeichnens einer als unabwendbar, ja als Schicksal hingenommenen gesellschaftlichen Entwicklungsrichtung, sondern mit dem praktischen Erkenntnisinteresse, jene Widerspruchstendenzen und Bruchstellen der Medien zu bezeichnen, die eine Gegenproduktion notwendig machen, wo die Entwicklung von solchen Öffentlichkeitsformen ansetzen könnte, die die Interessen und Bedürfnisse der Lohnabhängigen zum Ausgangspunkt und zum Inhalt haben.

Im Grunde muß man gleich zu Anfang zwei, keineswegs aufeinander reduzierbare Tendenzwenden ins Auge fassen. Man kann von einer Tendenzwende

der Medien, von einer langfristigen, gegenwärtigen sich aber sprunghaft beschleunigenden Entwicklung sprechen, die inhaltlich auf eine *Reprivatisierung* von Teilen der traditionellen öffentlichen Kommunikationsmittel, organisatorisch auf privatwirtschaftliche *Verbundsysteme* von Medien als Produktionsöffentlichkeiten hinausläuft.

Man kann gleichzeitig aber auch von einer Tendenzwende als *Restauration* der Mobilisierungs- und Abwehrmechanismen wie der Darstellungsinhalte in den Medien sprechen. Diese Restauration beinhaltet ein weites Spektrum politischer Kontrollen und neuer Bedürfniskonstellationen: von den feinmaschigen, rechtlich häufig unanfechtbaren Zensurmechanismen, wie dem Gebot der Ausgewogenheit, bis zu mannigfaltigen Produktionseinschränkungen der Medienarbeiter und versteckten oder offenen Berufsverboten. Das ist die institutionelle Seite dieser Art der Tendenzwende. Was die Inhalte, den Rohstoff der Medien, anbetrifft, so zeigt sich gegenwärtig eine schwer zu bestimmende Mischung zwischen neubelebten konservativen Geborgenheitsbedürfnissen und der Reaktivierung kollektiver Urängste und erotisierter Gewalt. Diese explosive Mischung ist in sich widersprüchlich und in ihrer Entwicklungsrichtung offen; sie drückt offenbar erhöhte Orientierungsbedürfnisse in einer gesellschaftlich „unstrukturierten“ und politisch unentschiedenen Situation aus.

Wo liegt der gesellschaftliche Umschlagspunkt für diese Entwicklung?

Zum erstenmal in der Geschichte der Bundesrepublik wurde Mitte der sechziger Jahre das Monopol der etablierten Medien praktisch in Frage gestellt. Den öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten, der privatwirtschaftlich organisierten Filmindustrie und dem Verlagssystem traten phantasiereiche Formen der Öffentlichkeit entgegen, die nur schwer institutionalisierbar waren. Sie bestanden aus Bürgerinitiativen, die z. B. bei Protesten gegen Fahrpreiserhöhungen manchmal ganze Städte erfaßten, aus symbolbesetzten Straßendemonstrationen und diskutierenden Großveranstaltungen, aus Publikationsangeboten handwerklicher Kleinverlage mit hohen Druckauflagen (meist Raubdrucke). Kommerzielle Gründe und die Kalkulation mit Hörer-, Leser- und Zuschauerzahlen standen sicherlich im Vordergrund, wenn diese mit dem Anspruch der Politisierung von Alltagsinteressen und mit moralischer Widerstandshaltung gegen Unterdrückung und Gewalt auftretenden Basisinitiativen von den Medien bereitwillig aufgegriffen, dargestellt und zum überwiegenden Teil wohlwollend kommentiert wurden. In diesem Aufbruch entstand, nicht zuletzt durch den Verbreitungsradius der etablierten Medien, ein Klima der meinungsbildenden politischen Diskussion und der demokratischen Selbstorganisation, das wesentlich die mit den Reformansätzen verknüpften Hoffnungen und Erwartungen großer Bevölkerungsteile prägte.

Zehn Jahre danach vollzieht sich eine massive, bis in die Poren der Darstellungsmittel eindringende Restauration der Medien auf allen Ebenen. Was sind

die Gründe dieses Umschlags? Einer dieser Gründe liegt sicherlich darin, daß die *nach unten*, in Alltagszusammenhänge verlagerten politischen Diskussionen alte Herrschaftslegitimationen in einem Maße problematisiert haben, wie man es nicht erwartet hatte und wie es auch nicht beabsichtigt gewesen ist. Die Restauration ist deshalb zunächst als ein Produkt der Erfahrung der tatsächlichen Politisierungsfolgen jener Zeit zu sehen, die damals wesentlich noch auf Studenten und Jugendliche beschränkt waren, in Zeiten der Arbeitslosigkeit und wachsender Krisenanfälligkeit des Kapitalismus aber durchaus Resonanz in der Arbeiterschaft finden könnte. Diese Restauration kann deshalb auch nicht mit dem Zustand verglichen werden, der während der Nachkriegsrestauration der Adenauer-Ära bestand. Sie ist durch verschärfte Widersprüche gebrochen. Zu dieser Klimaveränderung ein Beispiel:

Als Ostern 1968, nach dem Attentat auf *Rudi Dutschke*, Tausende von Studenten zur Frankfurter Societäts-Druckerei zogen, um die Auslieferung der dort gedruckten Springer-Zeitungen zu blockieren, waren bei dieser spektakulären, von allen Medien ausführlich dokumentierten Aktion auch jugendliche Arbeiter beteiligt. Auf eine aktive Solidarisierung der Setzer und Drucker, der im Betrieb selber tätigen Arbeiter, hofften die Studenten dagegen vergeblich.

In einer spontanen und selbstbewußten Aktion haben Drucker und Setzer zweier Betriebe im Mai 1976 sich geweigert, redaktionelle Artikel der „Bild“-Zeitung und der „Frankfurter Neuen Presse“ zu drucken, in denen unter anderem erklärt wurde: „Mit dem Streik gegen die Zeitungsverlage wurde auch ein Stück Freiheit bestreikt: Informationsfreiheit, Meinungsfreiheit.“ Sie verlangten eine „Ausgewogenheit“ der Kommentierung, eine Darstellung des Streiks aus ihrer Sicht, was ihnen abgeschlagen wurde. Wie diese, an sich nicht besonders spektakuläre, aber durchaus neuartige Aktion sind auch die heftigen Reaktionen, in denen von einer drohenden „Zensur von unten“, von Beschneidung der Freiheit des Andersdenkenden, gesprochen wird, kennzeichnend für die Tendenzwende in den Medienbereichen; sie verläuft keineswegs linear, sondern drückt sich eher in einer die einzelnen Institutionen und Organisationen selber erfassenden Polarisierung aus.

Auf der einen Seite haben sich nämlich, wie Streiks, Betriebsbesetzungen und Bürgerinitiativen zeigen — für die Struktur der Öffentlichkeitsarbeit charakteristisch sind LIP, Erwitte und Wyhl —, vielfältige Formen der *proletarischen Gegenöffentlichkeit* herausgebildet. Sie zeichnen sich vor der institutionalisierten bürgerlichen Öffentlichkeit dadurch aus, daß sie politische Kommunikation, Vertretung unmittelbarer Bedürfnisse und Interessen der Betroffenen und demokratische Selbstorganisation in jedem Schritt praktischer Arbeit miteinander verbinden.

Auf der anderen Seite dringen die in diesen spontan entstandenen Öffentlichkeitsformen diskutierten inhaltlichen Probleme, vor allem, wenn sie die

durch den kapitalistischen Produktionsprozeß bedingten Konflikte in den Lebenszusammenhängen der Arbeiter und Angestellten betreffen, immer weniger in die offiziellen Medien ein. Immerhin wurden während der Protestbewegungen noch Fragen der Meinungs- und Informationsmanipulation der Springer-Presse, des Vietnam-Kriegs und der Hochschulreform in stundenlangen Übertragungen und Schriften zur Diskussion gestellt. Heute werden ähnliche Probleme dagegen entweder vollständig ausgegrenzt, durch mitgelieferte Gegendarstellungen sofort neutralisiert oder, wenn diese Mechanismen nicht ausreichen, in das Getto von Dritten Programmen und gesonderten Dokumentationen und konservierten Berichten verbannt.

Das Bemerkenswerte an dieser Situation ist nun aber, daß die Medien heute stärker als vor acht oder zehn Jahren dem Vorwurf ausgesetzt sind, von der radikalen Linken okkupiert zu sein. *Helmut Schelsky* hat sogar, um diesen politischen Angriffen eine soziologische Grundlage zu verschaffen und die in den Medien steckenden revolutionären Umsturzgefahren als eine langfristig wirksame Tendenz begreiflich zu machen, die Intellektuellen zu einer eigenen, von der produktiven „Arbeit der Anderen“ parasitär lebenden Klasse zusammengefaßt. Sie ist die neue, eigentlich herrschende Klasse, weil sie aus Sinn-Produzenten und *Sinn-Vermittlern* besteht. Zu dieser Priesterkaste gehören gesellschaftskritische Lehrer und Hochschullehrer ebenso wie politisch bewußte Pfarrer und Journalisten.

Mit dieser sonderbaren Konstruktion berührt Schelsky allerdings einen zentralen Tatbestand der heutigen Medienentwicklung. In ökonomischen und politischen Krisensituationen verdichten sich allgemeine Lebensängste, konkrete Furcht vor Arbeitslosigkeit und Verschleiß der Arbeitskraft zu einer kompakten Unsicherheitsatmosphäre. Wenn dann traditionsgesicherte Lebensregeln nicht mehr mit Selbstverständlichkeit befolgt werden, entstehen erhöhte Bedürfnisse nach Gesamtdeutungen der eigenen Situation im Zusammenhang der Gesellschaftsordnung, in der man lebt. Dadurch erhöht sich gewöhnlich auch die Zahl der spezialisierten Sinn-Produzenten und Sinn-Vermittler, die individuelle oder auch politische Rezepte für die Lösung von Krisen anbieten. Darunter findet man gewiß auch linke Scharlatane. Aber wie die Redeweise vom „Gewerkschaftsstaat“ keine reale Gefahr, sondern eine Projektion ausdrückt, mit der die eigenen Machtergreifungsabsichten auf den innerstaatlichen Feind abgelenkt werden, so verläuft auch die Frontlinie in den Medien gerade entgegengesetzt zu der, die Schelsky vorgesehen hat. Dabei befindet er sich übrigens in gutem Einvernehmen mit der für das deutsche Bürgertum, das sich in seiner Geschichte auf keine Erfahrung einer „eigenen, gelungenen Revolution beziehen kann, typischen Revolutionspanik.

Schelsky verdrängt vollständig, was sich auf der Kapitalseite abspielt. Denn *Sinn-Produktion* und *Sinn-Vermittlung* sind in der Tat wesentliche Merkmale

neuer privatwirtschaftlich organisierter Medienkombinationen, die jene in ihrer Struktur weitgehend aus dem Beginn des Jahrhunderts stammenden traditionellen Medien zu überlagern und schließlich auszuzehren drohen.

„Lebenssinn“ als Verwertungsgegenstand im Medienverbund

Es erübrigt sich, auf die strukturelle Krise der traditionellen Massenmedien, die durch den Konjunkturrückgang verschärft, aber nicht hervorgerufen wurde, ausführlich einzugehen. Auf dem Zeitungsmarkt vollzieht sich in den letzten Jahren ein gewaltiger Konzentrationsprozeß, der selbst die Zeitungen erfaßt, die seit Jahrzehnten als ökonomisch absolut gesichert erschienen. Seit der Entstehung des Kinos im Anfang dieses Jahrhunderts sind innerhalb eines kurzen Zeitraums von einem halben Jahrzehnt noch nie so viele Kinos eingegangen. Das liegt nicht nur an der konkurrierenden Entwicklung des Fernsehens, sondern das Fernsehen selber kauft billige Konserven aus den Vereinigten Staaten, um Kosten für eigene Produktionen einzusparen. Die noch vor Jahren bewunderte Vielfalt der Buchverlage gehört, sieht man von einzelnen spezialisierten Programmen (wie dem des Suhrkamp-Verlags) ab, praktisch der Vergangenheit an.

Zentralisation und Konzentration im Medienbereich haben aber nicht nur, wie man im allgemeinen annimmt, Folgen für die Uniformierung der Informationsangebote und der Meinungen. Sie führen auf der Grundlage einer neuen technologischen Entwicklungsstufe auch zu einer qualitativen Veränderung der Produktionsweise und der Produkte der Bewußtseinsindustrie. Die alten Medien sind im Grunde noch einer mit industriellen Elementen durchsetzten handwerklichen Produktionsweise verhaftet. Das gilt sowohl für ihre technologische Ausstattung wie für ihre arbeitsteilige Organisationsform, die der Spezialisierung unserer Sinne (hören, lesen, sehen usw.) und den unterschiedlichen Betätigungsweisen (sich unterhalten, sich bilden, arbeiten usw.) angemessen ist. Sie gehören zur bürgerlichen Öffentlichkeit, wie sie sich im 17. und 18. Jahrhundert ausgebildet hat.

Planungen, Programme und technologische Grundlageninvestitionen einzelner Konzerne, wie Bertelsmann und Springer, zielen dagegen nicht nur auf die äußerliche Zusammenfügung bisher arbeitsteilig verselbständigter Medien. Sie greifen bewußt gesellschaftliche Tendenzen auf, die auf die Überwindung der Zersplitterung und der Aufspaltung der Lebenszusammenhänge der Menschen bestehen. In der industriellen Produktion werden zunehmend Qualifikationen verlangt, die, wie zum Beispiel Wartungs- und Kontrolltätigkeiten, spezialisierte Verstandes- und Sinnesfunktionen und gleichzeitig eine ganzheitliche Wahrnehmung der Produktionsabläufe erfordern. Dem entspricht heute eine Neigung im Alltagsverhalten der Menschen, der völligen Vereinseitigung ihrer Sinne und Tätigkeitsformen entgegenzuwirken. In ihrer Phantasie gab es die radikalen Trennungen von Arbeit und Freizeit, von Lernen und Unterhalten,

barer Sinnlichkeit, Sexualität und Lebensplanung freilich nie. Was neu daran ist, ist die Tatsache, daß diese Phantasie von der Realität eingeholt wird. Das ist die einzigartige, aber für die kritische Bewußtseinsbildung der Menschen äußerst bedrohliche Verwertungschanee des Kapitals.

Der Medienverbund verzichtet auf die Verwertung des bloßen Illusionsrohstoffes, der Fluchtmechanismen wie der abstrakten Utopie vom besseren Leben, von denen heute noch überwiegend die Illustriertenpresse lebt. Der neue Rohstoff besteht aus Phantasie und Realität in einem, aus den wirklichen Alltagsbedürfnissen der Menschen, aus ihren Konflikten und Emanzipationsansprüchen, mit einem Wort: aus ihrem *Lebenszusammenhang*. Nichts wird ausgeklammert, aber alles wird in einen neuen Sinnzusammenhang eingeordnet. Diese Medienprogramme, die nach bisherigen, allerdings spärlichen Informationen hervorragend durchdacht sind und auf individualisierte Bedürfnisse wie auf Bedürfnisse von Zielgruppen präzise eingehen können, werden künftig in Gestalt billiger Kassetten und Bildplatten frei Haus geliefert, vermutlich durch ein verzweigtes Ausleihsystem.

Worin besteht die politische Gefahr des Medienverbunds?

Der die klassischen Medien überlagernde, vielleicht sogar aufzehrende Medienverbund führt, gekoppelt mit vorausgehenden Entpolitisierungstendenzen in der Gesamtgesellschaft, zu einer Aushöhlung öffentlicher Kontrollinstitutionen und zu einer Reprivatisierung gesellschaftlicher Bedürfnisse — unter dem Schein ihrer vollen, reichhaltigen Entfaltung. Es ist ein Stück Emanzipation der Sinne, aber die Massen werden gleichzeitig daran gehindert, diese Befreiung (etwa der Sexualität, der Kindererziehung) in politisch-kollektive Aktionsformen gegen bestehende Herrschaftsverhältnisse umzusetzen, den Horizont ihrer Erfahrungsfähigkeit gegenüber Entfremdung, Ausbeutung und Gewalt zu erweitern.

Es ist erstaunlich, wie wenig die Gewerkschaften diese neuen Tendenzen im Medienbereich bisher wahrgenommen und mit der Planung eigener Produktionsanlagen und Produktionen darauf geantwortet haben. Denn es geht hierbei um nichts weniger als um die kapitalistische Verwertung des *Bewußtseins als Rohstoff*, die auf eine *Entfremdung der Menschen vom Bewußtsein ihrer Entfremdung* hinausläuft. Auf die Dauer wird die vorwiegend handwerkliche gewerkschaftliche Bildungsarbeit und auch der Kampf um die Durchsetzung der Interessen der Lohnabhängigen nur dann bei der Bildung des kritischen gesellschaftlichen Bewußtseins erfolgreich sein, wenn es gelingt, die vom Medienverbund ausgehende Austrocknung des 'Symbolspektrums der zum Kapitalismus und den bestehenden Herrschaftsverhältnissen alternativen Denk- und Verhaltensweisen zu verhindern. Die Menschen können sich gegenüber den Mischprogrammen der Medienkonzerne nicht autonom verhalten. Diese Programme können z. B. zutreffende Informationen mit falschen Lernmethoden, wertvolles Wissen mit ein-

seitiger Auswahl, Bildungsmöglichkeiten mit Desorientierung der wirklichen Erfahrung, Unterhaltung mit einem den eigenen Interessen entgegengesetzten Klassenstandpunkt verbinden.

Allerdings wäre es falsch, den Medienverbund, der die Phantasie der Menschen an den technologisch fortgeschrittensten Stand der Produktivkräfte anzu binden sucht, in seiner Durchsetzbarkeit zu fetischisieren. In einer durch und durch vergesellschafteten Gesellschaft Systemloyalität durch Reprivatisierung zu schaffen, kann nicht bruchlos gelingen. Es ist unwahrscheinlich, daß sich die Menschen mit ihren Kassetten und Bildplatten einfach in ihre Wohnungen einsperren und von kollektiven Bedürfnissen ganz abtrennen lassen. Das gelingt aber in dem Maße, wie es keine wirksamen alternativen Interpretationen, Bilder, politischen Orientierungen und Sinndeutungen einer Gegenöffentlichkeit auf dem vergleichbaren technischen Niveau gibt.

Ich habe bisher nur von der Organisationsform der fortgeschrittensten Medien gesprochen, deren Entwicklung sich übrigens weitgehend unterhalb der Ebene öffentlicher Diskussionen vollzieht, nicht von den Mechanismen und Inhalten, die sich bereits heute in den traditionellen Medien zeigen.

Ausgewogenheit und Pluralismus

Einen der wirksamsten Mechanismen, gesellschaftliche und politische Bewußtseinsbildung zu blockieren, bringt die Kampfformel von Ausgewogenheit und Pluralismus zum Ausdruck. Sie will verhindern, daß entschiedene und deshalb immer auch einseitig formulierte Positionen aus der „Mitte“ der Durchschnittsmeinungen, dieser für Deutschland typischen und besonders beliebten politischen Lokalisierung, ausbrechen.

Nach dem zweiten Weltkrieg wurden Begriffe wie Ausgewogenheit und Pluralismus noch im Sinne der eindeutigen politischen Position gegenüber dem Faschismus und allen seinen möglichen Überlebensformen verwendet. Die Zeitungsredaktionen und Gremien des Rundfunks wurden in der Regel mit Personen besetzt, die auf der Grundlage einer antifaschistisch-demokratischen Überzeugung eine Vielfalt von Meinungen repräsentierten, von Vertretern der bekennenden Kirche bis zu den Kommunisten. Der politische Gehalt der Ausgewogenheit bestand in einer Absicherung demokratischer Meinungsäußerungen gegen die vom Staat drohenden Gefahren. Nimmt man die jüngsten Konfliktfälle, so ist das ins totale Gegenteil verkehrt. Ausgewogenheit wird als Kampfbegriff hauptsächlich gegen jene gewendet, die sich in der künstlerischen Produktion und in der politischen Meinungsäußerung provokativer Mittel bedienen, um Aufmerksamkeit zu erzwingen, um schlaglichtartig auf vergessene, unterdrückte oder im Alltag verharmloste Aushöhlungs tendenzen der Demokratie hinzuweisen.

Der französische Liberale *Alfred Grosser* hat in seiner Paulskirchen-Rede, die er anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels

hielt, darauf hingewiesen, daß in der Bundesrepublik immer von der Verteidigung der Freiheit *durch* den Staat statt *gegen* den Staat gesprochen wird. Einem Demokraten und Liberalen der westlichen Länder, der die Elendsgeschichte des deutschen autoritären Staates kennt, muß es in der Tat merkwürdig erscheinen, daß die Sicherung von demokratischen Rechten und Freiheiten in die Obhut des Staates gesetzt wird. Grosser sagt deshalb unmißverständlich: Die Demokratie ist nicht durch die politisch bewußten, radikalen Gruppen, sondern durch das wachsende Mitläufertum gefährdet, auf das der Staat Prämien erteilt.

Wie unerträglich abweichende und profilierte Meinungen in den Medien wie in der künstlerischen und literarischen Produktion geworden sind, zeigt beispielsweise die Aggressivität, mit der gegen Ausstellungen des Heidelberger Grafikers *Klaus Staeck* im Bundeshaus und in anderen öffentlichen Einrichtungen Front gemacht wurde. Diese Grafiken, Montagen und Plakate verstoßen bewußt gegen das Prinzip der Ausgewogenheit. Sie suchen durch provokative, häufig auch ironisierende Zuspitzung die starre Decke des Status quo und die Neutralisierungen von Meinungsbildung und Informationsangeboten zu durchbrechen. Denn in einer fortgeschrittenen kapitalistischen Gesellschaft, in der sich ein eigener Markt für Meinungen und Informationen herausgebildet hat, liegt für die Demokratie die Gefahr weniger darin, daß wichtige Informationen und Meinungen gewaltsam unterdrückt werden. Sie besteht vielmehr in deren Kombination und Neutralisierung, so daß Urteils- und Erfahrungsfähigkeit, die unterschiedene Parteinahme voraussetzen, allmählich verkümmern.

Staeck steht hier in der Tradition von *Daumier*, diesem unerbittlichen Kritiker der kleinbürgerlichen Lebenswelt mit ihrem politischen Milieu absoluter Mittelmäßigkeit und Phrasenhaftigkeit; er kann sich vor allem aber auf die künstlerische Produktion von *Heartfield* berufen, der Grundtendenzen der Weimarer Republik in seinen Collagen zu einer Zeit erfaßte, als Politiker und Gesellschaftstheoretiker noch ganz andere Entwicklungsrichtungen für möglich hielten.

Ich habe dieses Problem der Ausgewogenheit angeführt, um auf den Zusammenhang hinzuweisen, der zwischen der Medienentwicklung und jenen von Alfred Grosser bezeichneten Gefahren eines neuen Mitläufertums besteht. Gegenwärtig läuft in der Bundesrepublik eine Reihe von Musterprozessen, bei denen die Gerichte aufgefordert sind, genauer und rechtsverbindlich zu definieren, wann ein Werk dem Prinzip der Ausgewogenheit entspricht oder gar: ob Ausgewogenheit zur Struktur eines Films oder einer Dokumentation gehört, selbst wenn der Auftraggeber das im Vertrag nicht ausdrücklich erwähnt. Der neue Gewaltparagraph (88 a), meines Wissens in dieser Form einzigartig in der westlichen Welt, wird diese Situation erheblich verschärfen.

Das Bedrohliche dieser Tendenzwende liegt darin, daß das, was gegenwärtig noch im Zusammenhang von Gerichtsentscheidungen öffentlicher Diskussion aus-

gesetzt ist, nach allen Erfahrungen der deutschen Geschichte zu einer Art verinnerlichter Selbstzensur werden kann. Das hätte zur Folge, daß die in der Bundesrepublik auftretenden gesellschaftlichen Probleme, wie z. B. bürokratische Aushöhlung grundgesetzlicher Positionen, sozialpsychologische Rückwirkungen der Liquidation der Nachkriegsperiode durch die Ostpolitik, antidemokratische Vorurteile von staatlichen Behörden und Parteien, Zunahme des Gewaltpotentials u. a. m., in den Medien nicht mehr politisch artikuliert und dadurch der öffentlichen Erfahrung zugängliche Ausdrucksformen finden. Diese Widersprüche und Probleme werden dann in vorpolitische Bereiche zurückgedrängt und bilden dort einen günstigen sozialpsychologischen Nährboden von Massenreaktionen, mit denen ja die auf eindeutige Freund-Feind-Verhältnisse abzielende Polarisierungs-Formel „Freiheit oder Sozialismus“ spekuliert, wobei Sozialismus eine Art Generalklausel bleibt, unter die man linksradikale Gruppen ebenso wie Sozialdemokratie, Gewerkschaften und Teile der Liberalen bringen kann. Autoritäre Parteien und Regimes setzen heute auf die Entpolitisierung der Massen, auf die *politische Verwertung vorpolitisch befestigter Phantasien, Bedürfnisse und Bewußtseinshaltungen*.

Sexualität, Gewalt und die Suche nach Orientierungen

Der Münchner Fernsehdirektor *Öller* hat gewarnt, Ausgewogenheit nicht etwa so zu verstehen, als ob es nur auf den Ausgleich in mehr oder minder weit auseinanderliegenden Gebieten und Sendezeiten ankäme; sie müsse vielmehr „von jedem Sender, für jeden Sendeplatz, für jedes Berichtsgebiet geleistet werden“. Diese Forderung würde wirkungslos sein, hätte sie nicht in Alltagsverhältnissen der Menschen eine Basis. Tatsächlich entsteht neuerdings ein Typus des Films, der den Zuschauer mit keiner eindeutigen Reaktion entläßt; er erlaubt ihm nicht, sich mit einer Rechtsposition, mit einer Person oder Situation voll zu identifizieren, aber auch nicht das Gegenteil: sich von einem klaren Standpunkt aus mit ihnen auseinanderzusetzen. Alles bleibt offen, wer recht oder unrecht hat, was wahr oder falsch ist, so daß diese Filme jedem das bieten, was er an Erfahrungen und Voreinstellungen mitbringt und was sich durch sie nicht verändert, sondern allenfalls eine neue Mischung eingeht.

Mit Recht wird demgegenüber darauf verwiesen, daß in der gleichen Zeit ein neuer deutscher Film mit internationaler Qualität entstanden ist, der mit differenzierten ästhetischen Mitteln auf politische Bewußtseinsbildung abzielt. Zu diesen Filmen, welche die im Ausland wieder diskutierte deutsche Frage unter neuen Aspekten aufgreifen, gehören „Berlinger“, „Katharina Blum“, „Lina Braake“, die letzten Filme von *Alexander Kluge*. Aber sie bilden etwas Exotisches in der Bundesrepublik, das in der Filmindustrie als nicht besonders zukunftsträchtig angesehen wird, weil diese Filmgattung sich aus rein wirtschaftlichen Gründen nicht halten wird.

Im Massenfilm, der auch in Deutschland von Millionen besucht wird und der sich auf dem Markt hält, zeichnet sich dagegen unterhalb einer politisch klar bestimmbareren Tendenz eine Entwicklung ab, die den Medienverbund vorausnimmt. Die gewohnten Klassifikationen der Filme, wie Heimatfilm, Porno, Problemfilm, Abenteuerfilm usw., an denen sich der Zuschauer vorher orientieren konnte, drohen zu verschwinden. An ihre Stelle tritt die Zusammenfassung von ganzen Bedürfniszusammenhängen, die eine Vielzahl von sehr verschiedenartigen Themen anreißen, von Katastrophenängsten über Sexualität, Alltagsverhalten und Gewalt bis zur Heimatidylle.

Da es über diese Entwicklungen keine gründlichen Untersuchungen gibt, will ich in aller Vorläufigkeit und Kürze drei inhaltliche Probleme der Tendenzwende in den Medien am Beispiel von zwei Filmtypen und einer eher literarischen Produktion diskutieren.

1. Der erste Filmtypus ist durch existentielle Ausnahmesituationen, durch Natur- und Gesellschaftskatastrophen gekennzeichnet. Die Filme mobilisieren Urängste und planen das Selbstopfer, die absolute Ohnmacht des einzelnen gegenüber mystifizierten Naturgewalten und dem gesellschaftlichen Verhängnis ein, wie z. B. das „Erdbeben“, der „Weiße Hai“, „Ein Mann sieht rot“. Sie legen die unter der Decke bürgerlich-kapitalistischer Institutionen verborgenen, im Alltagsverhalten kontrollierten und mühsam unterdrückten Ängste vorerst nur im Getto des Kinosaals frei und suggerieren ein kollektives Schicksal, das aber auch von Helden nicht immer durchbrochen und überwunden werden kann. In Deutschland gibt es große Vorbilder, wie „Metropolis“ und die „Nibelungen“, die sozialkritisch gemeint waren, schließlich aber auch vom Faschismus vereinnahmt werden konnten. Von diesen unterscheiden sich die neuen Katastrophenfilme jedoch dadurch, daß Unterdrückung und Opfer nicht mehr im Zusammenhang arbeitender Menschen begriffen wird. Es vollzieht sich eine Naturalisierung gesellschaftlicher Gewalt.

2. Der zweite Typus ist durch eine Art Ästhetisierung und Erotisierung der Gewalt gekennzeichnet. *Wilhelm Reich* hatte einen wesentlichen Grund der Entstehung des Faschismus darin gesehen, daß die in der autoritären Struktur der bürgerlichen Familie geleistete sexuelle Unterdrückung nach kollektiver Ersatzbefriedigung drängt, wenn sexuelle Befreiung nicht als Problem der Politisierung der Alltagsbedürfnisse der Menschen begriffen wird. Nach dem offenkundigen Abflauen der auf abgespaltene und privatisierte Sexualität reduzierten Pornowelle, die auch außerhalb der Medien einer Salonprostitution Platz macht, geht heute ein Stück freigesetzter, aber nicht befreiter Sexualität eine neue kollektive Verbindung ein.

Die Privatisierung wird aufgebrochen, aber sie hat noch keine klare politische Richtung in der gegenwärtigen Gesellschaft. Historische Verhältnisse dienen als

Vorlage: „Die 120 Tage von Sodom“, „Geschichte der O“, „Der Nachtportier“. Indem auf diese Weise erotische Phantasie an ästhetisierte Gewalt gebunden wird, tritt plötzlich auch der Faschismus als erotisches Phänomen auf. Beispielhaft ist hier der Film „Nachtportier“. Er ist nach einer Vorlage von Intimberichten einiger KZ-Insassinnen gedreht worden und soll, im Zwischenbereich von kritischer Distanz zur Gewalt und ihrer Bewunderung, die erotische Funktion der NS-Symbolik, der Uniformen, der Disziplin, der männlichen Stärke und Entschlossenheit zeigen.

Gewalt wird nicht durch die Medien erzeugt. Sie bringen, wie inzwischen zahllose soziologische Untersuchungen zeigen, allenfalls die in der Sozialisation der Familien, in den Schulen und im Alltagsverkehr der Menschen produzierten Aggressionen zum Ausdruck. Auch hier ist es das Unsinnigste, auf gesellschaftliche Tendenzen dieser Dimension mit Hilfe des Strafgesetzbuches zu reagieren. Gerade in einem Land, in dem der traditionelle Faschismus weder intellektuell noch emotional bewältigt worden ist, sind politische Antworten die einzig möglichen.

3. Der dritte Komplex von Darstellungsinhalten in den Medien scheint den ersten beiden völlig zu widersprechen. Es sind Bedürfnisse, die *Anonymisierung des Lebens*, die mit der kapitalistischen Industrialisierung der Städte und auch mit dem mehr und mehr von den unmittelbaren Interessen sich entfernenden Verhalten der Parteien einhergeht, aufzuheben und sinnliche Unmittelbarkeit in der Geborgenheit der Provinz zu suchen, gleichzeitig aber auch den individuellen Zusammenhang mit der Weltgeschichte durch das Einspinnen in biographische Lebensbeschreibungen herzustellen.

Es ist nicht zufällig, daß die Dialektsprache wieder an Boden gewinnt; z. B. sind zwei Stücke *Molieres* in Dialekte übertragen worden, der „Tartuffe“ auf hessisch und der „Geizige“ auf schwäbisch. Die gehobene und triviale Heimatliteratur, auch die Verfilmungen von Dichtern mit Lokalkolorit, hat nicht nur in Bayern einen immer größer werdenden Marktanteil. Untersuchungen über Absatzchancen von Büchern haben ergeben, daß sich die Großverlage neuerdings auf geschichtliche Literatur, vor allem auf Biographien einstellen. Sicherlich sind Biographien wie die von *Fest*: „Hitler“ oder die von *Golo Mann*: „Wallenstein“ auf ein intellektuelles Publikum zugeschnitten, aber die biographische Mode greift weiter und tiefer: Selbst Biographien von *Hildegard Knef*, *Beckenbauer* haben, sieht man von den Teilabdrucken in den Illustrierten ab, einen für derartige Projekte bisher kaum bekannten Absatz gefunden. Ein wesentliches Merkmal der Tendenzwende in den Medien ist eben die Abwehr abstrakter politischer Programme und Diskussionen und die Suche nach Orientierungen, hinter denen die Lebensgeschichte von ganzen Personen steht. Erst das ermöglicht, den eigenen Lebenszusammenhang einzubringen.

Es ist notwendig, einen Medienverbund als Gegenöffentlichkeit zu organisieren

Ich bin bei der Untersuchung der Medien von der These ausgegangen, daß wir uns gegenwärtig in einer „unstrukturierten“ Situation befinden, in der die Orientierungsbedürfnisse der Menschen gewachsen sind. Ob das weitgehend noch vopolitische Verhaltenspotential einem neuen Konservativismus zugute kommt und zu Stützen des autoritären Staates wird oder über die bestehende Situation hinaustreibt und zur Demokratisierung der Gesellschaft beiträgt, hängt nicht, zuletzt davon ab, inwieweit die Gewerkschaften imstande sind, *neue Formen der Gegenöffentlichkeit mit alternativen Lebensorientierungen zu entwickeln*. Dazu würde auch gehören, daß sie die im Fernsehen, im Kino, in den Theatern auftretenden Widerspruchstendenzen bewußt aufgreifen und im Sinne der Interessen der Lohnabhängigen weitertreiben. Was den gewerkschaftlichen Organisationsgrad der Medienarbeiter betrifft, so hat sich in den letzten Jahren vieles verbessert. Aber das reicht nicht aus.

Sicherlich ist das, was *Willi Münzenberg* in den 20er Jahren geschaffen hat, eine Art linker Medienverbund, nicht einfach auf unsere Zeit zu übertragen. Aber die Idee ist, angesichts der voranschreitenden kapitalistischen Organisation von Medien, außerordentlich produktiv und aktuell, vor allem in der Hinsicht, daß an diesem Projekt kritische Intellektuelle aller Richtungen beteiligt waren. Es ist der Überlegung wert, ob die Gewerkschaften langfristig nicht darauf angewiesen sein werden, einen Verbund von Gegen-Medien zu organisieren, die den proletarischen Lebenszusammenhang *im Interesse der Arbeiter* politisch strukturieren und ihn nicht als Verwertungsrohstoff anderen zu überlassen.